

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift

Zu den Aktionstagen gegen den Sozialkahltschlag:

Einwände gegen Illusionen über Armut und Reichtum im Kapitalismus (3)

Nur darum geht's beim „Sozialkahltschlag“:

Eine nationale Offensive gegen den Lohn – für überlegene deutsche Wirtschaftsmacht

1. Die Herrschenden meinen es ernst mit der Volksverarmung. Die Nöte im Portemonnaie, die sie mit dem Sozialstaatsumbau der lohnabhängigen Menschheit bescheren, sind keine bedauerliche *Nebenwirkung* einer eigentlich gut gemeinten Sanierung der Sozialkassen; sie sind auch kein *Fehlgriff* bei der Verfolgung des lobenswerten Zwecks namens „Schaffung von Arbeitsplätzen“; sie sind weder ein kurzfristiges Antikrisenprogramm noch die eigentlich ungewollten Kollateralschäden einer aktuellen Finanznotlage: *Sie sind gewollt*. Die *Kosten* des Sozialen *sollen* gesenkt werden – und zwar auf Kosten der Versicherten! Der Druck zur Annahme immer schlechter bezahlter Arbeit, den die Kürzung der Leistungen aller Kassen auf Arbeitende und Arbeitslose gleichermaßen ausübt, ist *Zweck* der Veranstaltung: Die Arbeit *soll* billiger werden, damit *das Kapitalwachstum* voran kommt.

2. Deshalb hilft es überhaupt nichts, den staatlichen Machthabern vorzurechnen, wie schlecht ihre Reformen dem Volk bekommen. Das trifft sie nicht. Von wegen: Das können sie doch nicht ernsthaft wollen! Die Auswirkungen *kennen* sie, diese Opfer *wollen* sie und *fordern* sie ein. Auch gut gemeinte Vorschläge, wie sich doch auch *ohne* immer neue Härten für die Massen Sozialkassen sanieren und Arbeitsplätze schaffen ließen, gehen an der Sache vorbei: Solche Vorschläge nehmen die *Zielsetzung* nicht ernst, die die Regierenden mit ihrem Verarmungsprogramm verfolgen. Dabei machen die Regierenden gar keinen Hehl aus den materiellen Schäden, die sie ihrem Volk zumuten. Offen verordnen sie ihrem Volk „radikales Umdenken“ in Sachen sozialer Sicherheit. Abschied nehmen soll man von gewohnten Leistungen; alles andere gilt als „Anspruchsdenken“, das sich nicht mehr gehört. Das Volk hat sich gefälligst daran zu gewöhnen, dass Manches ab sofort nur noch bedingt geht und anderes gar nicht mehr. Jeder Beschwerde, jedem Protest begegnen die herrschenden Machthaber ziemlich ungerührt mit einem deutlichen „Weiter so!“ Sie versprechen ihrem Volk nur eines: Dass sie sich durch keinerlei Bedenken von ihrem neuen Kurs abbringen lassen werden.

3. Die Regierenden haben nämlich befunden: Die alten Sozialsysteme vertragen sich nicht mehr mit dem Auftrag, Wachstum zu fördern und den Wirtschaftsstandort voranzubringen. Ihr Befund lautet: Die Arbeit ist in Deutschland *zu teuer*; und

der Aufwand, den die sozialen Kassen für den Unterhalt von Arbeitslosen, Kranken, Rentnern, Sozialhilfeempfängern treiben, ist *zu hoch*. *Zu hoch für wen*, ist auch keine Frage. Sicher nicht für diejenigen, die vom Lohn leben müssen und seit Neuestem lauter neue Zusatzkosten aufgebürdet bekommen; denen das Arbeitslosengeld gekürzt oder gestrichen wird oder die sich in Billiglohnjobs dienstbar machen dürfen; die mitgeteilt bekommen, dass ihre Rente gesenkt wird und ihre Kosten bei Krankheit steigen. *Zu hoch* sind die Aufwendungen für sozialstaatliche Betreuung unter einem ganz anderen Gesichtspunkt: Sie sind *Kosten*, die die *deutsche Wirtschaft* und die *Staatskasse* belasten. So lautet der offizielle Befund, der den Reformkurs anleitet: Der *Wirtschaftsstandort Deutschland* hält die Finanzierung des Lebensunterhalts der arbeitenden Menschheit im bisherigen Umfang einfach nicht mehr aus.

4. Mit diesem selbstkritischen Befund reißt die Politik den alten Sozialstaat ein. Der selbe Staat, der dies System eingerichtet, es jahrelang für gut und nützlich befunden hat und auf immer neuem Niveau organisiert hat, befindet es nun für *untragbar*. Seine neue Optik lautet: *Statt* dass die Sozialsysteme - wie es bislang ihre Aufgabe war - ein gedeihliches Umfeld für das kapitalistische Profitemachen schaffen, stehen sie ihm *im Wege*. Die Maßnahmen, mit denen der Staat die nationale Arbeiterschaft betreut, sowie der dafür betriebene finanzielle Aufwand gelten der Politik nunmehr nicht mehr als Hilfsmittel für freie und flexible Benutzung der Arbeiterschaft durchs Kapital; sie gelten als ein einziges *Hindernis* für den rentablen Einsatz der Arbeitskraft. Die Betreuung, die der Sozialstaat den Arbeitslosen hat zukommen lassen, definiert die Politik nun als *Grund* für die wachsende Arbeitslosigkeit: Mit „Lohnersatzleistungen“ sei Leuten *ermöglicht* worden, sich dem Zwang zur Arbeit zu entziehen; so seien sie nicht *für* den Arbeitsmarkt fit gehalten, sondern gerade umgekehrt dem Arbeitsmarkt *entzogen* worden. Und der Aufwand für Krankheit und Alter gilt der Politik nicht mehr als notwendige Betreuungsleistung der Arbeiterklasse, sondern nur noch als lästige *Kost*, die das Kapital unzumutbar belastet. Auch das Arbeits- und Tarifrecht erfährt eine Umdefinition: Statt nützlicher Regeln für das gedeihliche Zusammenwirken von Kapital und Arbeit liegen hier nach neuestem Befund lauter Beschränkungen vor, die das Kapital an wachstumbringenden Investitionen hindern.

5. Der Weg der Reform ist damit klargestellt. Wenn der Staat an seinen eigenen Maßnahmen ganz einseitig nur noch den Gesichtspunkt festhält, dass sie *kosten* und das Kapital *belasten*, dann reicht es ihm nicht mehr, mit seinen sozialstaatlichen Maßnahmen das Wachstum des Kapitals zu *begleiten* und sozialfriedlich *abzusichern*. Dann geht es ihm darum, aus dem Sozialstaat *ein Hilfsmittel für das kapitalistische Wachstum* zu machen - und das geht der Natur der Sache nach nur durch dessen radikale *Demontage*. Aus ihrer Selbstkritik folgt für die regierenden Politiker deshalb messerscharf: Mit einer radikalen Absenkung von sozialstaatlichen Leistungen und neuen arbeitsrechtlichen Freiheiten muss dafür gesorgt werden, dass das Kapital die nationale Arbeiterschaft zwecks Stärkung der deutschen Wirtschaftskraft wieder verstärkt in Dienst nimmt. Dazu muss der Preis der nationalen Arbeit von allen verfälschenden Zusätzen befreit werden, die Unternehmen daran hindern könnten, mit ihr als lohnender Kost zu kalkulieren. Wozu übrigens auch gehört, dass diejenigen, die zum Profitmachen nicht benutzt werden, sich in Lebensverhältnissen unterhalb des neuen Normallohniveaus zu fügen haben. So werden nicht nur die staatlichen Kassen geschont; so wird zugleich sichergestellt, dass jede Entlassung, die das Kapital vornimmt, zum unwidersprechlichen „Anreiz“ für die Entlassenen wird, auch wirklich jede Arbeit anzunehmen

6. Diese *neue Sorte Indienstnahme* der deutschen Arbeitermannschaft soll dem Kapital vom deutschen Standort aus zu neuen Weltmarktsiegen verhelfen. Sie soll - verbunden mit allen anderen Potenzen, die mithilfe von Steuersenkungen für Unternehmen, Innovationsoffensiven, Eliteunis usw. auf dem Standort mobilisiert werden können - Deutschland zu einem unschlagbaren *Angebot* für alle anlagewilligen Kapitalisten der Welt machen. Hier sollen sie ihr Vermögen anlegen, deutsche Arbeitskraft in Dienst nehmen und damit sicherstellen, dass Deutschland seinen Erfolgsweg als Weltwirtschaftsmacht mit neuer Kraft fortsetzen kann. Ein solches Angebot muss her, weil Deutschland im Kampf um Wachstum und Kapitalanlage in *Konkurrenz* zu den anderen mächtigen Wirtschaftsnationen steht, die ebenfalls alles daran setzen, um Land und Leute bei sich zum attraktiven Standort für das kapitalistische Geschäft herzurichten. *In dieser Konkurrenz* soll Deutschland nach dem Willen der politischen Macher obsiegen. In diesem Konkurrenzkampf bringen sie Leistung und Lohn der arbeitenden Bevölkerung als bedeutende *nationale Ressource* zum Einsatz. Die soll den Geschäftssinn derer beeindrucken, die ihr kostbares Geldvermögen nur dort und dann in „Arbeitsplätze“ investieren, wenn für ihren Reichtum garantiert ein Mehr herauspringt.

7. Die neuen *Ansprüche*, die die Politik *selbst* an den Kapitalstandort Deutschland stellt, sind der Grund für ihren Radikalismus im Umgang mit Lohn und Sozialleistungen. Die politische Gewalt unterschreibt vorbehaltlos das Recht des Kapitals, nationale Arbeitermannschaften wie alle anderen „Standortfaktoren“ nur nach einem einzigen Maßstab zu *vergleichen*: Was lässt sich aus ihnen an Gewinn herauschlagen. Sie bekennt sich dazu, dass der Lebensunterhalt der Leute davon abhängig sein soll, wie gut die Nation in *diesem* Vergleich besteht; und sie tut

mit aller Macht das Ihre dazu, dass die „Arbeitskosten“ dabei jedenfalls nicht im Wege stehen.

Die politische Führung der Nation präsentiert sich mit diesem Programm in trautem *Einklang* mit deutschen Wirtschaftsbossen. Die sehen die Sache schon immer so, dass der Staat mit seinem Sozialklimbim ihrem persönlichen Recht auf Profitmachen im Wege stehe. Dieser neue Einklang hat seinen Grund allerdings keineswegs darin, dass die Politik vor „der Wirtschaft“ eingeknickt wäre und ihren eigentlichen Auftrag vergessen hätte, sich fürsorglich um das *ganze Volk* zu kümmern. Es ist schlimmer: Die Politik hat ihre ganz *eigenen* Gründe dafür, Land und Leute so konsequent der Rentabilitätsrechnung des kapitalistischen Geschäfts zu unterwerfen. Vom *Gelingen* dieser Rentabilitätsrechnung hängt nämlich ab, über welche ökonomischen Potenzen die Nation verfügt: Die nationale Steuerkraft, der Wert des nationalen Geldes beruhen darauf, welches Wachstum das Kapital hierzulande zuwege bringt. Und wenn sich das gewünschte Wachstum heutzutage allein über den Erfolg im *Standortvergleich* einstellt, dann sieht sich der Staat herausgefordert, alle seiner *politischen Macht* verfügbaren Mittel zum Einsatz zu bringen, damit das Kapital seine Bereicherung als Dienst an *deutschem Reichtum* betreibt. Auf den ökonomischen Mitteln, die dieses Wachstum einspielt, beruht die ökonomische Macht und damit auch die politische Macht der Nation. Deshalb dürfen deutsche Bürger erfahren, was es *sie* kostet, ökonomische Ressource einer reichen und mächtigen Nation zu sein, die sich aufmacht, Weltmacht zu werden.

Weitere Flugblätter mit Einwänden gegen Illusionen über Armut und Reichtum im Kapitalismus

- Nr. 1 Was ist eigentlich „sozial“? oder:
Warum der Sozialstaat nicht verteidigt gehört
- Nr. 2 Die Lüge von der „solidarischen Finanzierung“ der Sozialsysteme:
- von den einen als Lohnnebenkosten bekämpft
- von den anderen als sozialer Wert gepriesen.
- Nr. 4 „*Es ist genug für alle da!*“, verkündet attac.
Und warum gibt's dann so viele Arme?
- Nr. 5 „*Stopp Steuerflucht!*“ (Kampagne attac) - Warum das denn?
- Nr. 6 Ein ganz schlechter Einwand:
„Die dürfen den Sozialstaat nicht demontieren. Das ist doch ein historisch erkämpfter Besitzstand!“

Erhältlich unter <http://streitschriften.argudiss.de>

V.i.S.d.P.: B. Schumacher, GegenStandpunkt Verlag, Türkenstraße 57, 80799 München, www.gegenstandpunkt.com